

Horst W. Schmollinger/Richard Stöss

Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik (I)

Vorbemerkung

Die Analyse der Klassenbewegung in der Bundesrepublik und die Strategiedebatte der Linken orientiert sich in erster Linie, und das gilt insbesondere für die *Prokla*, an den veränderten Akkumulationsbedingungen des Kapitals und deren Folgen für die Lage der Arbeiterklasse. Dabei wird angenommen, die Notwendigkeit, die Ausbeutungsrate zu erhöhen, führe zu einer Verschärfung der Klassenkämpfe. Als Belege dieser Annahme dienen etwa die Streiks der Jahre 1969, 1971, 1974 und zuletzt der Druckerstreik dieses Jahres.

Eine analytische und strategische Orientierung an ausschließlich ökonomischen Entwicklungstendenzen verleitet möglicherweise zu vorschnellen und ungerechtfertigt optimistischen Einschätzungen der politischen Stoßrichtung akuter oder prognostizierter Klassenauseinandersetzungen. Dieser Optimismus (1) dominierte immer dann, wenn in der Diskussion die politische Ebene der Auseinandersetzungen ausgespart wurde, wenn die Möglichkeit außer Betracht blieb, daß *ökonomische* Krisenerscheinungen vorübergehend und gar für längere Zeit *politisch* aufgefangen werden können, daß eine ökonomische Krise nicht zwangsläufig zur politischen Krise führen muß. In diesem Sinne scheint uns das *Verhältnis von ökonomischer und politischer Krise* innerhalb der westdeutschen Linken – gerade angesichts der Diskussion im übrigen Westeuropa und insbesondere in Italien – noch zu wenig thematisiert zu sein.

Wir wollen mit diesem Beitrag diese Diskussion beginnen. Wir werden am Beispiel der Bundestagswahlergebnisse seit 1949 die zunehmende Integrationsfähigkeit des politischen Systems aufzeigen, ein Faktum, das bereits darin sichtbar wird, daß die drei großen Massenlegitimationsparteien (2) CDU/CSU,¹ SPD und FDP ihren Zweitstimmenanteil von zusammen 72,1 % im Jahre 1949 auf 99,1 % bei der vergan-

1 Als Beispiel dafür mag folgender, an eine ökonomisch stringente Analyse der Veränderungen der Akkumulationsbedingungen in der Bundesrepublik anschließende Satz gelten: „Daher sind mit den veränderten Bedingungen der Kapitalakkumulation nicht nur neue ‚ökonomische‘ Probleme, sondern schärfere Formen des Klassegegensatzes und der Klassenkämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital auch in der BRD auf der Tagesordnung“ (Altwater/Hoffman/Schoeller/Semmler, Zur Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Perspektiven des Kapitalismus, Handbuch 1, hrsg. v. Volkhard Brandes, Frankfurt/M., 1974, S. 241 ff., Zit.: S. 268)

2 Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung, Opladen 1976, insbes. Kapitel I und Kapitel IV.

genen Bundestagswahl zu steigern vermochten. Seinen klassenspezifischen Ausdruck findet dieser Integrationsprozeß darin, daß die Sozialdemokratie trotz Erhöhung der Intensität der Arbeit, trotz zunehmender Inflation und Preissteigerungen und trotz der relativen hohen Arbeitslosigkeit, kurz: trotz der Verschärfung der ökonomischen Krise seit 1966/67, von immer mehr Arbeitern gewählt wird: gaben ihr 1953 nur 48 % aller Arbeiter die Stimme, so waren es 1972 66 % (vgl. Tabelle 8, S. 34). Unsere These lautet: die breite Legitimationsbasis politischer Herrschaft in der Bundesrepublik ist das Ergebnis eines *Basiskonsens* zwischen den Klassen über die wesentlichen ideologischen, politischen und ökonomischen Grundlagen der westdeutschen Gesellschaft. Dieser Basiskonsens sorgt für die hohe Stabilität politischer Verhältnisse in der Bundesrepublik, für die *geringe soziale und politisch-programmatische Polarisierung* zwischen den Massenlegitimationsparteien.

Entstehung und Entwicklung dieses Basiskonsens sollen im folgenden, wie erwähnt, am Beispiel der Bundestagswahlergebnisse dargestellt werden. Eine derartige Analyse kann zwar – nicht zuletzt wegen des gegenwärtig unzureichenden Diskussionsstandes über das Verhältnis von Politik und Ökonomie im Kapitalismus – noch kein unmittelbarer Beitrag zur Klärung des Verhältnisses von ökonomischer und politischer Krise sein. Sie mag aber die Diskussion anregen, obwohl sie sich zunächst darauf beschränken muß, Entstehung und Struktur der politischen Stabilität der Bundesrepublik zu beschreiben. Der Beitrag sollte daher als Ergänzung der *Prokla*-Aufsätze über die Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitals gelesen werden, die ihrerseits mit der Untersuchung der politischen Konsequenzen von ökonomischen Entwicklungen zurückhalten.

Eine Darstellung der Entstehung und Entwicklung des Basiskonsens in der Bundesrepublik anhand der bei Bundestagswahlen sichtbar gewordenen sozialen Integrationsprozesse und deren Wechselwirkungen mit der Struktur des Parteiensystems muß sowohl auf die Behandlung von inner- und zwischenparteilichen Prozessen aktueller Kompromißfindung als auch der jeweils konkreten politischen Praxis verzichten. Die Konzentration auf längerfristige Integrationsprozesse erübrigt auch die detaillierte Analyse ausgewählter programmatischer Aspekte, zumal die Langfristigkeit von Wählerverschiebungen und die Stetigkeit ihrer Parteibindungen die These rechtfertigen, daß aktuelle politische Anlässe und programmatische Wendungen weniger Einfluß auf das Wahlverhalten haben, als häufig angenommen. Zwei für die Strategiediskussion wichtige Problemereiche sind zudem deshalb nicht angesprochen, weil sie in noch folgenden *Prokla*-Beiträgen gesondert analysiert werden: die Ursache der Bindung der Arbeiter an die SPD sowie die Rolle der Linken innerhalb der SPD (3).

3 Ursprünglich war für dieses Heft der Abdruck von zwei weiteren Artikeln geplant, die nun erst im Heft 26 erscheinen werden. In den Aufsätzen von Siegfried Heimann/Peter Müller über die SPD-Linke und von Bodo Zeuner über das Verhältnis von SPD und DGB sollen diese Probleme im Zusammenhang mit unserem Aufsatz behandelt werden.

Wenn nun die Herausbildung des Basiskonsens auch mit Hilfe von Ergebnissen der Wahlforschung untersucht wird, dann muß zunächst verdeutlicht werden, wie und zu welchem Zwecke diese Ergebnisse zustande kommen, um so die nur relative Relevanz bestimmter Aspekte der Wahlforschung zu verdeutlichen.

Empirisch-quantitative Wahlanalysen auf der Grundlage von Umfrageergebnissen gibt es in der Bundesrepublik erst seit der Bundestagswahl 1961 (4). Und dies aus gutem Grund: Denn schon bei den der Bundestagswahl 1961 vorangegangenen Landtagswahlen aber besonders deutlich 1961, hatte sich gezeigt, daß die gegeneinander weitgehend undurchlässigen Wählerpotentiale der beiden Elemente des bundesdeutschen Parteiensystems, des Bürgerblocks und der Sozialdemokratie, aufgebrochen waren. Das Phänomen der Wechselwähler *zwischen* beiden Blöcken, das dieses Aufbrechen widerspiegelte und gleichzeitig das Abbröckeln sicher geglaubter Wählerbasen signalisierte, weckte insbesondere das Bedürfnis der Parteiapparate nach genaueren Auskünften über die Wechselwähler, in der Hoffnung, damit die potentiellen Abwanderer der eigenen wie der anderen Parteien besser für sich mobilisieren zu können. Dies ist – historisch gesehen – die wesentliche Ursache für die Konzentration der Wahlforschung auf die Wechselwähler.

Grundlegend für die Analyse der Wechselwähler ist die Erkenntnis, daß der größte Teil der Wähler relativ stabil und langfristig an „seine“ Partei gebunden ist. Da die Zuordnung der übergroßen Mehrzahl der Wähler relativ dauerhaft entlang der Hauptwidersprüche Klassenzugehörigkeit und konfessionelles Schisma erfolgt (5), konzentrierten sich die Wahlforschungs-Institute auf jene Berufsgruppen, die den größten Teil der Wechselwähler stellen, nämlich die Angestellten, Beamten und freiberuflich Tätigen. Insofern gehen sie von der Existenz eines freilich begrenzten Marktes aus, auf dem die Parteien als Anbieter und die Wähler als Nachfrager auftreten.

Das Instrumentarium der Wahlsoziologie wurde so vor allem zu einem sozial-technologischen Hilfsmittel zur Ermittlung und Ausschöpfung möglicher Stimmenreservoirs. Wenn dennoch die damit gewonnenen Daten im folgenden zur Charakterisierung globaler Wählerbewegungen verwendet und gelegentlich auch in Beziehung gesetzt werden zu sozialstrukturellen Angaben über Parteimitglieder und Funktionäre, so geschieht dies notwendigerweise nur mit Vorbehalten. Denn was die Wahlfor-

-
- 4 Im Grunde gab es für die Bundestagswahlen vor 1961 nur zwei wesentliche Nachwahlanalysen: Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin und Frankfurt 1957. Sowie Erwin Faul (Hrsg.), Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960. Siehe dazu auch Nils Diederich, Empirische Wahlforschung. Konzeptionen und Methoden im internationalen Vergleich, Köln und Opladen 1965, S. 144 ff.
- 5 Dazu Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und Wahlentscheidung. Die Bundestagswahlen aus kommunalpolitischer Perspektive, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Kommunales Wahlverhalten, Bonn 1976, S. 1 - 57. Dort heißt es (S. 20), daß „die Überlegenheit der Klassenzugehörigkeit über die Schichtzugehörigkeit als Einflußgröße auf die Wahlentscheidung“ eindeutig sei.

schung aufgrund ihrer Motivation (Wechselwähler-Analyse) und Funktion (Politikberatung) liefert, sind zumeist nur seltene Hinweise (Pappie, Kaase) auf das Verhältnis von Klassenzugehörigkeit und Parteienpräferenz, fast immer so schichten-, geschlechter- oder generationenspezifische sozialstatistische Differenzierungen der Wählerbasen, daß der Zusammenhang zwischen Klassengegensatz und konfessionellem Schisma auf der einen und dem Wählerverhalten auf der anderen Seite unkenntlich wird. Darüberhinaus wird die Rekonstruktion dieses Zusammenhanges noch dadurch erschwert, daß die Veränderungen im Wählerverhalten zumeist schlicht rechnerisch von Wahl zu Wahl registriert und die politisch-ökonomischen Bedingungen vor allem bei langfristigen Trendanalysen unberücksichtigt bleiben. Wählerbewegungen und Parteiensystem können so nicht mehr als Ausdruck letztlich klassenbezogener sozialer Bewegungen erkannt werden.

Aus dem bisher gesagten folgt, daß die vorgegebenen Kategorien mit dem Begriffsapparat der Klassenanalyse in Verbindung gebracht werden müssen und daher oft sprachliche Inkonsistenzen entstehen. Diese haben ihre materiellen Ursachen darin, daß die ökonomischen Klassenwidersprüche sich in der politischen Organisation der Klassen wegen der aus dem Kapitalverhältnis entspringenden ökonomischen und ideologischen Integrationsprozesse verzerrt oder gebrochen widerspiegeln.

Da sich die Wahlforschung gegenwärtig mit dem herkömmlichen sozialstatistischen Datenmaterial begnügen muß, das als einzig mögliche Differenzierung der Gesellschaft die Einteilung nach Berufsgruppen zuläßt und noch nicht einmal eine genaue Differenzierung der Berufe nach Revenue-Quellen erlaubt, weil beispielsweise das Merkmal Angestellter sich auf den öffentlichen Dienst, einen Handwerker im Betrieb oder einen leitenden Angestellten beziehen kann, ergeben sich zusätzliche analytische Probleme. Die Hauptwidersprüche der westdeutschen Gesellschaft müssen daher an den Berufsgruppen „Selbständige/Landwirte“ sowie „Arbeiter“ festgemacht werden, wobei wegen der Bedeutung des konfessionellen Schismas die Religionszugehörigkeit jeweils zu berücksichtigen ist.

Die Entstehung des Basiskonsens in der Bundesrepublik

Die Existenz eines Basiskonsens in der Bundesrepublik ist insofern bemerkenswert, als das politische Erscheinungsbild der Weimarer Republik sowohl durch den Gegensatz von Arbeiterklasse und bürgerlichen Klassen (Bourgeoisie und Kleinbürgertum einschließlich der Bauern werden hinfort als „Bürgertum“ bezeichnet) als auch durch die politische Spaltung der Arbeiterklasse einerseits und eine weitgehende Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte seit der Weltwirtschaftskrise (die sich in der faschistischen Partei wieder konzentrierten) andererseits gekennzeichnet war. Wie also entstand dieser Konsens innerhalb der Arbeiterklasse und innerhalb des Bürgertums, wie schließlich der Konsens zwischen beiden Klassen, dessen Resultat die gegenwärtig bestehende geringe soziale und programmatische Polarisierung zwischen den Massenlegitimationsparteien ist?

Wir werden zunächst die Herausbildung des bürgerlichen Intraklassenkonsens

schildern und dann die Reaktion der SPD auf diesen Intraklassenkonsens behandeln. Im Gegensatz zum Konzept des „Historischen Kompromiß“ der PCI in Italien stellt der Basiskonsens in der Bundesrepublik kein bewußtes politisches Bündnis einer kommunistischen Arbeiterpartei mit Teilen des Bürgertums dar sondern einen Prozeß der Anpassung der Sozialdemokratie an die Politik des Bürgerblocks, welcher politischer Ausdruck des bereits bestehenden bürgerlichen Intraklassenkonsens war. Erst der, infolge sozialdemokratischer Anpassung zustandegekommene, Basiskonsens ermöglichte der SPD die Gewinnung großer Teile der zuvor an den Bürgerblock gebundenen katholischen Arbeiterschaft und damit die Herausbildung eines Intraklassenkonsens der Arbeiterbewegung.

Die Herausbildung eines bürgerlichen Intraklassenkonsens nach 1945

Das Parteiensystem in Deutschland orientierte sich nicht nur, wie wir an anderer Stelle (6) dargelegt haben, an der Klassenstruktur sondern auch an dem die deutsche Gesellschaft ebenfalls prägenden konfessionellen Schisma zwischen Katholiken und Protestanten. Konservative, Liberale (bis 1933 gespalten in liberale Demokraten und Nationalliberale) und Sozialdemokraten/Kommunisten repräsentierten als politische Organisationen weitestgehend Großgrundbesitz, Bürgertum und Arbeiterbewegung protestantischer Konfession. Das Zentrum bzw. der politische Katholizismus verdankten ihre Existenz der Gegnerschaft des, hauptsächlich in Süd- und Westdeutschland (und in Oberschlesien) ansässigen katholischen Bevölkerungsteils gegen die wirtschaftlichen und politischen Machtansprüche des großagrarischen, schwerindustriellen und von Preußen dominierten Nordens bzw. Ostens. Aufgrund dieser besonderen Existenzbedingungen des Zentrums stellte es von seiner sozialen Basis her keine Klassenpartei sondern eine katholische Volkspartei dar, in der sich freilich der Arbeiterflügel einerseits und der dominierende bürgerliche Flügel andererseits in dem Maße zunehmend heftige Auseinandersetzungen lieferten, wie das konfessionelle Schisma an Schärfe verlor und der politische Katholizismus sich in die Front der protestantischen, junkerlichen und kleinbürgerlich-bourgeois politischen Träger des deutschen Imperialismus einreihete. Gleichwohl stützte sich das imperialistische Machtkartell in erster Linie auf die preußischen Junker und die Bourgeoisien der Industriegebiete Sachsens, Thüringens, Schlesiens und des Ruhrgebiets. Beide Gruppen dominierten das deutsche Bürgertum bis 1918, wobei die Junker grosso modo die Schaltstellen der politischen Macht in Armee, Verwaltung und auswärtigem Dienst innehatten, während die sächsische und thüringische bzw. rheinische und ober-schlesische Bourgeoisie „nur“ die industrielle Produktion kontrollierte. Neben konfessionellen und politischen Gesichtspunkten waren auch Probleme unterschiedlicher Produktionsweisen (insbesondere der zwischen Industrie und Landwirtschaft bzw. Handwerk) für die Heterogenität des Bürgertums verantwortlich. Mit dem Zusammenbruch des imperialistischen wilhelminischen Deutschen Reichs und angesichts der Stärke der

6 Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Kapitel I.

Arbeiterbewegung mußten sich diese durch Imperialismus und Krieg zeitweilig verdeckten Konfliktstrukturen, verstärkt durch die Weltwirtschaftskrise als politische Spaltung und damit als Lähmung gegenüber den Arbeiterparteien in der Endphase der Weimarer Republik auswirken. Die Faschisierung der Weimarer Republik bedeutete daher *auch* die politische Vereinheitlichung des Bürgertums und die Herausbildung eines antidemokratischen und antiproletarischen bürgerlichen Intraklassenkonsens.

Das Scheitern des Nationalsozialismus, vor allem aber die neuerliche Gefahr einer proletarischen Einheitsfront angesichts der scheinbaren Lernprozesse der Arbeiterparteien während des Nationalsozialismus und angesichts der Einheitstendenzen im Jahre 1945 beförderten im Bürgertum die Einsicht in die Notwendigkeit einer einheitlichen bürgerlichen und antimarxistischen politischen Partei, mit deren Hilfe es seine politische Macht im Rahmen einer parlamentarisch-pluralistischen Ordnung behaupten konnte. blieb diese antimarxistische Bürgerunion auch eine Utopie, so erfolgte doch eine deutliche Konzentration der politischen Kräfte um den politischen Katholizismus einerseits und den, zu einer einzigen Partei fusionierten, Liberalismus andererseits.

Diese bipolare Konzentration der Kräfte war nun nicht nur Resultat der Lernprozesse der besitzenden Klassen aus der Entstehung und dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus und auch nicht nur Ergebnis der auf Westintegration gerichteten antisozialistischen Politik der Westmächte gegenüber den Westzonen. Ermöglicht wurde sie zudem durch die Teilung Deutschlands und die damit verbundenen Strukturveränderungen innerhalb des Bürgertums. Durch die Entmachtung der zuvor außerordentlich einflußreichen Gruppe der reaktionären Junker und Schwerindustriellen aus den ostelbischen Gebieten verlor das Bürgertum seinen deutschnationalen Flügel. Liberalismus und politischer Katholizismus bildeten nunmehr die politischen Hauptströmungen des bürgerlichen Lagers. Allein in Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein fand sich protestantisches, nationalistisch-konservatives und weitgehend ständisch orientiertes Bürgertum in einer besonderen politischen Partei, der Deutschen Partei (DP), zusammen.

Die genannten Strukturveränderungen bewirkten nun eine Mehrheitsposition des politischen Katholizismus innerhalb des westdeutschen Bürgertums. Damit waren die Voraussetzungen für die spätere Dominanz der Unionsparteien innerhalb des Bürgerblocks gelegt. Denn das Zentrum war, wie schon erwähnt, vor allem eine süd- und westdeutsche Partei. So gewann der politische Katholizismus 84 % seiner Stimmen bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 im Gebiet der heutigen BRD, wo sein relativer Stimmenanteil bei diesen Wahlen bei 23,4 %, in Süddeutschland sogar bei 29,5 % lag. (Zum Vergleich: die CDU erzielte 1949 bei den ersten Bundestagswahlen 25,2 %, die CSU in Bayern 29,2 %. Gesamtergebnis CDU/CSU 31,0 %).

Tabelle 1:

Die Wahlergebnisse des Zentrums (1) bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 (i.v.H.)

Region	Stimmenanteil	Verteilung der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	Verteilung der für Zentrum/BVP abgegebenen gültigen Stimmen
Ostdeutschland (2)	5,6	43,8	15,8
Süddeutschland (3)	29,5	18,3	34,5
Norddeutschland (4)	20,5	37,9	49,5
Gebiet der BRD	23,4	56,2	84,0
Deutsches Reich	15,7	100,0	99,8

(1) Einschl. Bayerischer Volkspartei (BVP)

(2) Reichstagswahlkreise östlich des heutigen Territoriums der BRD einschl. Berlin

(3) Bayern einschl. Pfalz, Baden, Württemberg

(4) Einschl. Reichsland – Nord- u. Süddeutschland = Gebiet der BRD

Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1932, S. 542 f.

Die Tendenz der bipolaren Kräftekonzentration innerhalb des westdeutschen Bürgertums wies nun keineswegs automatisch in die Richtung eines Bürgerblocks aus den politischen Organisationen der liberalen und der katholischen Fraktion oder gar in Richtung auf einen Intraklassenkonsens über die wesentlichen Grundlagen einer gesellschaftlichen Ordnung in Westdeutschland. Zu groß war der ideologische Gegensatz zwischen den Liberalen und dem antiliberalen und weitgehend ständischen Zentrum, das sich sowohl im Interesse seiner mittelständischen Basis als auch im Interesse der katholischen Arbeiterbewegung gegen die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit des Großkapitals richtete. Volksgemeinschaftsideologie und Volkspartei charakter des Zentrums boten zwar einerseits gute Voraussetzungen für eine christliche (= antimarxistische) Sammlungsbewegung. Doch sein Antiliberalismus erschwerte sowohl die Kooperation mit den Liberalen als auch vor allem die Gewinnung von nennenswerten Teilen der Protestanten als Parteimitglieder und Wähler. Ein bürgerlicher Intraklassenkonsens setzte aber grundsätzlich folgendes voraus:

- Weitestgehende Freiheit der Einzelkapitale vor staatlichen Eingriffen und Beschränkung des Staates auf die Gewährleistung allgemeiner Produktionsvoraussetzungen.
 - Staatlichen Schutz des Bürgertums vor hohen einkommens- und sozialpolitischen Ansprüchen der Arbeiterklasse.
 - Staatlichen Schutz für den Mittelstand vor existenzbedrohenden mächtigen Kapitalinteressen, d. h. eine aktive interventionistische Mittelstandspolitik des Staates.
- Ein bürgerlicher Intraklassenkonsens erforderte also den starken mittelstandserhaltenden und Schutz vor der Arbeiterbewegung gewährenden Interventionsstaat, der gleichzeitig im Bereich der industriellen Produktion die Marktfreiheit garantierte.

Der politische Katholizismus legte nun die ideologischen Grundlagen für eine derartige zugleich liberale und interventionistisch-integrationistische Politik, indem er seine wirtschaftlichen und politischen Leitbilder von überkommenen ständischen

Vorstellungen befreite und sich fundamentale liberale Prinzipien, wie etwa die Volkssouveränität, zu eigen machte (7). So entstand das Modell einer autoritären Demokratie (starke Machtstellung des Bundeskanzlers, eingeschränkte Repräsentationsfunktion und mediatisierende Rolle der Parlamente im politischen Entscheidungsprozeß sowie Ächtung außerparlamentarischer Aktionen und Beschränkung des Pluralismus politischer Auffassungen) und das einer sozialen Marktwirtschaft (weitestgehende Bewegungsfreiheit des Kapitals, staatliche Einkommens- und Strukturhilfen für den Mittelstand). Beide Modelle sind – durch den Einfluß von FDP und Arbeiterbewegung zwar in den verfassungsmäßig fixierten Dimensionen jeweils leicht korrigiert – in der Substanz zur Verfassungswirklichkeit der BRD geworden.

Erst dieser ideologische Wandel des politischen Katholizismus ermöglichte die Erweiterung des Zentrums zu einer christlichen Union unter Einschluß von Teilen des protestantischen Bürgertums sowie die Entstehung eines Bürgerblocks als politisches Bündnis gegen die Arbeiterparteien. Damit bestand freilich noch kein bürgerlicher Intraklassenkonsens. Die gesellschaftsgestaltende Konzeption des Bürgerblocks mußte sich erst in der Praxis bewähren.

Bei den ersten Bundestagswahlen im Jahre 1949 war der Bürgerblock nämlich noch weit davon entfernt, allgemein anerkannter Repräsentant der bürgerlichen Klassen zu sein. Mit insgesamt 46,9 % der gültigen Zweitstimmen und 52 % der Bundestagsmandate erzielte der Bürgerblock (CDU/CSU/FDP/DP) nur eine hauchdünne Mehrheit, und Konrad Adenauer wurde nur mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt.

Eine Analyse der Lage der bürgerlichen Parteien und ihres damaligen Wahlergebnisses ergibt dreierlei:

- Außerhalb der Traditionsgebiete des politischen Katholizismus konnten die Unionsparteien teilweise nur schlecht Fuß fassen. Im protestantischen Schleswig-Holstein gelang der CDU – sie trat hier das Erbe der Deutschnationalen bzw. der Nationalsozialisten an – zwar ein recht guter Wahlerfolg (30,7 %), in Niedersachsen und Bremen allerdings war die Deutsche Partei stärkste bürgerliche Organisation. In Hamburg erzielte sie 13,1 % (gegenüber 19,7 % der CDU und 15,8 % der FDP) und in Schleswig-Holstein 12,1 %. In Hessen überflügelte die FDP die CDU um 6,8 % Punkte (28,1 : 21,3).
- Der politische Katholizismus selbst trat organisatorisch uneinheitlich auf: in NRW erzielte das hier gegen den besitzbürgerlichen Kurs der CDU wiederbegründete und vornehmlich die Belange der katholischen Arbeiterbewegung repräsentierende Zentrum 8,9 % der Stimmen. In Bayern brachte es die extrem föderalistische Bayernpartei (BP) sogar auf 20,9 % der Stimmen gegenüber 29,2 % der CSU.
- Gegen die gerade genannten bürgerlichen Parteien stimmte ein (rechtes) Oppositionspotential von 2,4 Mio Stimmen (= 10,5 %). Dabei handelte es sich hauptsächlich um Stimmen für rechtsradikale Parteien oder sogenannte Unabhängige Kandidaten, die neofaschistische bzw. konservativ-nationalistische Teile des Bürgertums und einen Teil der (insges. 7,6 Mio) Vertriebenen an sich binden konnten.

7 Gerhard Kraiker, Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse, Stuttgart 1972.

Als erschwerend für die Lage der Bürgerblock-Parteien kam hinzu, daß sowohl die FDP als auch die DP über nationalistische Flügel verfügten, die insbesondere die Außenpolitik der Regierung Adenauer (Westintegration und Wiederaufrüstung) heftig kritisierten und, wie etwa die nordrhein-westfälische und die hessische FDP, Tendenzen zu einem Zusammengehen mit rechtsradikalen Parteien („Nationale Sammlung“) zeigten.

Das Ergebnis der folgenden Bundestagswahlen zeigt aber, daß der anfänglich schwache und in sich heterogene Bürgerblock seine Massenbasis konsolidieren und erheblich erweitern konnte:

*Tabelle 2:
Bürgerblock-Stimmen bei Bundestagswahlen 1949 - 1965 (i.v.H.)*

Wahl	Zweitstimmenanteil	Mandatsanteil	Parteien
1949	46,9	51,7	CDU/CSU FDP DP
1953	63,8	68,3	CDU/CSU FDP, DP GB/BHE
1957	60,7	65,9	CDU/CSU FDP, DP
1961	58,2	61,9	CDU/CSU FDP
1965	57,1	59,2	CDU/CSU FDP

Berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamts.

Sieht man einmal von der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik ab, die es den Bundesregierungen bis in die 60er Jahre hinein gestattete, Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Bauern, des Handwerks und des Einzelhandels, vor allem aber zur Integration des Millionenheers von Vertriebenen vorzunehmen, so waren es vor allem vier Gründe, die eine Verbreitung der Massenbasis des Bürgerblocks und damit für eine Ausweitung des bürgerlichen Intraklassenkonsens bewirkten:

- Die Integration autonomer politischer Organisationen des Rechtsradikalismus. Erzielten diese Parteien 1949 insgesamt noch 4,2 % der Zweitstimmen, so waren es 1961 nur noch 0,9 %. Die Gründe hierfür lagen u. a. darin, daß der Rechtsradikalismus angesichts der politischen Vereinheitlichung des Bürgertums und angesichts der ökonomisch-sozialen Integration gerade der Mittelschichten seine soziale Funktion rasch verlor. Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis entzogen einer nationalistischen Agitation zudem die Argumentationsbasis, weil das Bürger-

tum seine Existenzsicherung unter den Bedingungen des Kalten Kriegs weniger in einer nationalistisch-volksgemeinschaftlichen Krisenstrategie sondern in einer engen Anlehnung an die Vereinigten Staaten sah und damit die Spaltung Deutschlands bewußt in Kauf nahm. Im übrigen bediente sich der Bürgerblock zusätzlich des Parteiverbots, wenn die Integrationsprozesse, wie in Niedersachsen im Falle der Sozialistischen Reichspartei (SRP), nicht schnell genug erfolgten.

- Dies galt analog für die nationalistischen Flügel von FDP und DP. Als dennoch ein Kern von ehemaligen Nazis um die nordrhein-westfälische FDP zum Brennpunkt einer nationalistischen Opposition gegen die Politik Adenauers zu werden drohte, hob der britische Sicherheitsdienst den sogenannten Naumann-Kreis Anfang 1953 aus, was als deutliche Warnung an Gleichgesinnte aufgefaßt werden mußte.
- Durch die Gründung des BHE und seine Integration in den Bürgerblock wurde der neofaschistische Einfluß in der Vertriebenen-Bewegung weitgehend ausgeschaltet. Zwischen 1953 und 1958 erreichte der BHE die Integration des Gros der Vertriebenen in die soziale Basis des Bürgerblocks.

Insgesamt wurde durch diese Entwicklungen die Basis des Bürgerblocks gerade in den Bundesländern erheblich verbreitert, in denen 1949 noch eine starke Zersplitterung des bürgerlichen politischen Lagers herrschte. Zwischen 1949 und 1953 beispielsweise erhöhte sich sein Stimmenanteil in Niedersachsen von 42,9 % auf 64,8 %, in NRW von 45,5 % auf 61,1 % und in Bayern von 37,7 % auf 63,1 %.

- Führten ökonomisch-soziale Integrationsprozesse nicht rasch genug zu einer Stärkung der sozialen Basis des Bürgerblocks, dann wurde sie durch die starke politisch-ideologische Polarisierung zwischen Bürgerblock und Arbeiterparteien sowie durch den Antikommunismus der bürgerlichen Parteien, der auch die (selbst antikomunistische) Sozialdemokratie einschloß, beschleunigt. Als 1952/53 beispielsweise im Mittelstand heftige Kritik an der einseitigen Bevorzugung des Kapitals durch die Bundesregierung geäußert wurde und in seinen großen Verbänden Pläne für eine autonome politische Organisation des Mittelstands geschmiedet wurden („Mittelstandsblock“), konnte Adenauer derartige Absichten mit dem Hinweis vereiteln, dies käme einer Schwächung des Bürgerblocks gleich und nütze allein der Sozialdemokratie. Der Mittelstandsblock verzichtete daraufhin auf die Teilnahme an den Bundestagswahlen 1953 und löste sich 1957 auf, nachdem die Bundesregierung zu einer effektiveren Mittelstandsförderung in der Lage war.

Die antikommunistische Hysterie dürfte auch bewirkt haben, daß sich die traditionell antisozialistische katholische Arbeiterschaft dem Bürgerblock bzw. der CDU/CSU fest verbunden fühlte.

Die Verbreiterung der Basis des Bürgerblocks ging Hand in Hand mit der wachsenden Dominanz der Unionsparteien innerhalb des Bürgerblocks:

Tabelle 3:

Das Verhältnis von Bürgerblock- und CDU-CSU-Stimmen bei den Bundestagswahlen 1949-1965 (i. v. H.)

Wahl	Bürgerblock-Stimmen	Anteil der CDU/CSU an den Bürgerblock-Stimmen
1949	46,9 (1)	66,1
1953	63,8 (3)	70,7
1957	60,7 (1)	81,9
1961	58,2 (2)	78,0
1965	57,1 (2)	83,3

(1) CDU/CSU, FDP und DP

(2) CDU/CSU und FDP

(3) CDU/CSU, FDP, DP, GB/BHE

Berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamts.

Der Bedeutungsgewinn der CDU/CSU resultierte vor allem aus ihrem Sog auf die soziale Basis des BHE sowie aus ihrer zunehmenden Attraktivität auch für das protestantische Bürgertum. In Norddeutschland gelang es der nationalistisch-konservativen DP immer weniger, ihre Eigenständigkeit gegenüber der CDU zu behaupten: eine weitgehend identische Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik trieb die DP-Anhänger größtenteils in die Arme der konservativen CDU, wobei Parteiübertritte führender DP-Funktionäre zur Union diesen Prozeß beschleunigten. Daneben konnten die Unionsparteien sporadisch auch von der überwiegend protestantischen FDP nationalliberale Wähler gewinnen (Siehe Tabelle 8, S. 34).

Der von der CDU/CSU beherrschte Bürgerblock verfügte nach den ersten drei Bundestagswahlen im Endergebnis über eine ausgesprochen solide Machtbasis. Insofern Bundestagswahlen Aussagen über die Legitimationsgrundlage politischer Herrschaft zulassen, darf vermutet werden, daß der Bürgerblock 1953/57 über eine optimale Legitimationsgrundlage verfügt hat. Und dies muß als ein entscheidendes Kennzeichen des CDU-Staats gewertet werden.

Die Reaktion der SPD auf den bürgerlichen Intraklassenkonsens und die Entstehung des Basiskonsens

Der politischen Vereinheitlichung und Stärkung des bürgerlichen Lagers stand die SPD im Grunde genommen recht hilflos gegenüber. Hatte sie 1949 noch auf eine sozialdemokratische Mehrheit im Bundestag gehofft, so mußte sie bei den Wahlen 1953 und 1957 die Konsolidierung der politischen Macht des Bürgertums hinnehmen, ohne daß es ihr selbst gelungen wäre, aus ihrem 30 %-Turm auszubrechen. Die SPD befand sich aus der Sicht sozialstruktureller Wählerverschiebungen bis Ende der 50er Jahre in der Isolierung. Obgleich sie in den Ländern auch mit bürgerlichen Parteien koalierte, gelang es dem Bürgerblock auf Bundesebene, die Sozialdemokratie in eine kom-

munistische Ecke zu drücken. Dies hatte sie freilich kaum verdient, denn dort, wo sie die Chance hatte, ihre Vorstellungen in politische Praxis umzusetzen, steuerte sie von Anbeginn an einen sozialreformerischen Kurs: In den drei Stadtstaaten sowie in Niedersachsen und Hessen. Bei den Bundestagswahlen bis einschließlich 1957 zahlte sich diese Praxis auf Länderebene bei Bundestagswahlen jedoch nicht aus: Wählerbewegungen zwischen Sozialdemokratie und Bürgerblock fanden so gut wie nicht statt, wie die Stagnation der erzielten Zweitstimmenanteile bei den ersten drei Bundestagswahlen zeigt (1949: 29,2 %; 1953: 28,8 %; 1957: 31,8 %).

Diese Wählerresonanz, Ausdruck

- der gewachsenen Stabilität der Produktionsverhältnisse (Dauerboom seit 1953, entsprechende Beschäftigungsraten und absinkende Streikbereitschaft),
 - der weithin abgeschlossenen Westintegration der Bundesrepublik, die die Möglichkeit eines Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus faktisch ausschloß und
 - des Verlusts der Wiedervereinigungsperspektive, der zugleich die Hoffnung auf einen Wiedergewinn des sozialdemokratischen Wählerpotentials in den mitteldeutschen protestantischen Industriegebieten schrumpfen ließ,
- brachte das in der Partei traditionell rhetorisch ausbalancierte Verhältnis der sozialreformerisch-integrationistischen und reformistisch-antikapitalistischen Tendenzen aus dem Gleichgewicht.

In der Gesamtpartei setzten sich die sozialreformerischen Kräfte endgültig erst am Ende der 50er Jahre durch. (Dieser Prozeß war schon in der Weimarer Republik vorbereitet worden und wurde durch das Scheitern der sozialdemokratischen Wiedervereinigungspolitik beschleunigt.) Bis dahin – etwa zwischen 1950 und 1957 – schwankte die Partei in ihrem Verhältnis zum Bürgerblock zwischen Opposition und Kooperation.

Im folgenden werden einige wichtige sozialstrukturelle Veränderungen an der sozialdemokratischen Parteibasis benannt, die die rasche Integration der SPD – trotz ihres anfänglich sozialistischen Impetus – in die politische Ordnung der Westzonen bzw. der Bundesrepublik begleiteten.

Zunächst wirkte sich die Teilung Deutschlands auf die Lage der SPD negativ aus, weil sie ihre wichtigsten Hochburgen – hauptsächlich Sachsen, Thüringen und Groß-Berlin – verloren hatte.

In den Gebieten jenseits der heutigen BRD hatte die SPD in der Weimarer Republik überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt. Auch die KPD erreichte dort ihre höchsten Stimmanteile. Darüberhinaus lebte die Hälfte der Wählerschaft beider Parteien in Ostdeutschland. Für die SPD hatte die Teilung Deutschlands zudem einen Bedeutungsgewinn ihrer süddeutschen, traditionell rechtsstehenden, Regionalverbände zur Folge. Von Belang ist in diesem Zusammenhang, daß die Industriegebiete der Bundesrepublik (Ruhrgebiet, Württemberg-Baden, Ober- und Mittelfranken, Saar) in Bundesländern mit überwiegend bürgerlicher Bevölkerung bzw. mit hohem Anteil an katholischer Arbeiterschaft liegen. Allenfalls das Ruhrgebiet war nach 1945 eine etwa mit Sachsen vergleichbare Hochburg der SPD.

Tabelle 4:

Die Wahlergebnisse von SPD und KPD bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 (i.v.H.)

Region	Stimmenanteil		Verteilung der insges. abgegebenen gültigen Stimmen	Verteilung der für SPD bzw. KPD abgegebenen gültigen Stimmen	
	SPD	KPD		SPD	KPD
Ostdeutschland (2)	24,8	16,3	43,8	50,4	49,8
Süddeutschland (3)	16,6	9,4	18,3	14,1	12,1
Norddeutschland (4)	20,2	14,4	37,9	35,6	38,1
Gebiet der BRD	19,0	12,8	56,2	49,4	50,1
Deutsches Reich	21,6	14,3	100,0	100,1	100,0

Zu den Anmerkungen und zur Quelle vgl. Tabelle 1, S. 21.

Die so skizzierten Folgen der Teilung Deutschlands für die Lage der SPD berechtigten zu der Annahme, daß sich die soziale Zusammensetzung der Partei und ihres Parteiapparats zwischen 1930 und 1952 verändert hat, obgleich dies für die Zeit unmittelbar nach 1945 nicht mit Daten belegt werden kann. In diesem Zeitraum ist der Anteil der Arbeiter an der Gesamtmitgliedschaft der SPD von fast 60 % auf 45 % gesunken, Angestellte, Beamte und Selbständige hingegen haben zugenommen. Die Berufsgliederung von SPD-Mitgliedern in einigen Ländern bestätigt diese These.

Repräsentative Berufsangaben für Parteifunktionäre liegen nicht vor. Behilft man sich mit entsprechenden Angaben über SPD-Kandidaten zur ersten Bundestagswahl, dann zeigt sich beispielsweise, daß von den 79 Listenkandidaten der SPD in Nordrhein-Westfalen etwa ein Drittel Partei- und Gewerkschaftsangestellte waren, dagegen arbeitete kaum ein Zehntel in der industriellen Produktion. Dafür überwog eindeutig die Gruppe der Angestellten (einschließlich der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten) und der Selbständigen. Entsprechende Angaben für die sozialdemokratischen Verbände in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg weisen in dieselbe Richtung (vgl. Tabelle 6, S. 29).

Tabelle 5: Berufliche Gliederung der SPD-Mitglieder in ausgewählten Landesverbänden in den fünfziger Jahren (in Prozent)

	Hamburg	Baden-Württemberg	Westl. Westfalen	Berlin	Schleswig-Holstein	Saar	Ostwestfalen-Lippe	Südbayern	Rheinland/Hessen Nassau
	1952 ¹⁾	1953 ²⁾	1954 ³⁾	1955 ⁴⁾	1955/56 ⁵⁾	1955/56 ⁶⁾	1955 ⁷⁾	1956/57 ⁸⁾	1959 ⁹⁾
Arbeiter	33,1	40,04	51,6	26,42	43,9	53,2	51	38,41	43,7
Angestellte	17,6	19,38	12,9	16,07 ¹⁰⁾	13,8	6,6	13	6,14 ¹⁰⁾	23,1
Beamte	3,3	5,74	2,8	20,39 ¹¹⁾		10,8 ¹¹⁾	3	8,86 ¹¹⁾	
Freie Berufe	6,0	8,99	2,2	2,70	4,6	2,0	6,5 ¹²⁾	2,2	14,4 ¹²⁾
Selbständige			4,8	4,87				4,9	
Hausfrauen	21,8	> 25,85	-	9,87	11,6	6,5 ¹³⁾	18 ¹⁴⁾	14,16	18,8 ¹⁶⁾
In Ausbildung	-		-	0,70 ¹⁵⁾	-	-	-	0,11 ¹⁵⁾	
Rentner	18,2	-	11,8 ¹⁷⁾	18,98	26,1	12,0	8,5	25,03	-
Restgruppe	-	-	13,9 ¹⁶⁾	-	-	4,0 ¹⁸⁾	-	-	-
Insgesamt	100,0	100,00	100,0	100,00	100,0	100,0	100,0	100,51	100,0

1) SPD Landesorganisation Hamburg, Jahresbericht 1953, Hamburg o.J., S. 12 f

2) SPD Bezirk Südwest, Bericht des Bezirksvorsitzenden, o.O., o.J., masch., o.S.

3) Protokoll des Bezirksparteitages der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Westliches Westfalen am 18./19. Juni 1955 im Kurhaus der Stadt Hamm, o.O., o.J., masch. Schaubild

4) SPD Landesverband Berlin, Jahresbericht 1953, Berlin o.J., S. 53

5) SPD, Bezirksparteitag 1957 Schleswig-Holstein, Jahresbericht 1955/1956 Bezirk Schleswig-Holstein, o.O., o.J., S. 7

6) SPD Landesverband Saar, Jahresbericht 1955 - 1956, o.J., hekt., S. 10

7) SPD Bezirk Ostwestfalen-Lippe, Bezirksparteitag 1956, o.O., o.J., S. 12

8) SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1956-57, o.O., o.J., S. 39 (Angaben ohne München)

9) SPD Rheinland-Hessen-Nassau, 12. Bezirksparteitag in Koblenz 7.u.8. März 1959, o.O., o.J., S. 5

10) Einschließlich Techniker und Ingenieure 11) Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst

12) Auch Landwirte 13) Frauen 14) Hausfrauen und Berufslose (sic!)

15) Nur Studenten 16) Nicht Berufstätige 17) Invalide 18) Ohne Beruf

Tabelle 6:

Berufliche Gliederung der Mitglieder und Funktionäre der SPD
in der Landesorganisation Hamburg und im Landesverband Berlin
(in Prozent)

	B e r l i n		H a m b u r g			
	Mitglieder 1955 ¹⁾	Funktionäre 1954 ²⁾	Mitglieder 1947 ³⁾	Funktionäre 1948 ⁴⁾	Mitglieder 1952 ⁵⁾	Funktionäre 1954 ⁶⁾
Arbeiter	26,42	24,69	44	41,53	33,1	39,8
Angestellte	16,07	37,13	16,1	32,59	17,6	28,6
Beamte	20,39	7,47	2,9	2,40	3,3	3,5
Freie Berufe	2,70	4,22	1,29	6,46	6,0	4,3
Selbständige	4,87	5,70	4,75			
Hausfrauen	9,87	9,36	19,85	12,80	21,8	16,8
In Ausbildung	0,70	-	-	-	-	-
Rentner	18,98	-	9,45	4,20	18,2	7,2
Sonstige	-	-	0,66	-	-	-
Insgesamt	100,00	88,57	99,00	99,98	100,0	100,2

1) SPD Landesverband Berlin, Jahresbericht 1955, Berlin o.J., S. 100.

2) SPD Landesverband Berlin, Jahresbericht 1953, Berlin o.J., S. 53.

3) SPD Landesorganisation Hamburg, Jahresberichte 1947, Hamburg o.J., S. 8.

4) SPD Landesorganisation Hamburg, Jahresbericht 1948, Hamburg o.J., S. 13.

5) SPD Landesorganisation Hamburg, Jahresbericht 1953, Hamburg o.J., S. 12 f.

6) SPD Landesorganisation Hamburg, Jahresbericht 1954/55, Hamburg o.J., S. 16.

Die Bedeutung dieses hohen Anteils von Beamten, Angestellten und Selbständigen im Parteiapparat ist nur zu ermessen, wenn man sich die Berufsstruktur der SPD-Funktionäre (8) in der Weimarer Republik vergegenwärtigt:

Parteisekretäre	41,62
Gewerkschaftssekretäre	15,99
Redakteure	26,11
Freie Berufe	6,52
Ministerielles Amt	4,35
Tätigkeit in hoher Position	5,38
	<u>99,97</u>

Von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten waren 1924 (II) (i.v.H.)

Kaufleute	2,3
Öff. Dienst, Geistliche,	
Juristen	14,4
Privatbeamte (Partei,	
Gewerkschaft)	40,3
Ärzte, Schriftsteller,	
Journalisten	31,2
Handwerker	9,1
Andere	2,3
	<u>99,6</u>

Vor 1933 war der sozialdemokratische Parteiapparat eindeutig von Partei- und Gewerkschaftsbeamten beherrscht, die wahrscheinlich ein Bollwerk sowohl gegen explizit bürgerliche Einflüsse als auch gegen revolutionäre Tendenzen innerhalb der Partei bildeten. Nach 1945 scheint die Rolle von „Arbeiterbeamten“ rasch zugunsten von Personen zurückgegangen zu sein, die nichtproletarischer Herkunft waren.

Empirische Analysen der SPD-Wähler für die Jahre nach 1945 liegen erst für die zweite Bundestagswahl (1953) vor. Danach bestand die Wählerschaft der SPD aus 56 - 60 % Arbeitern, 8 - 9 % Angestellten, 2 - 4 % Beamten bzw. Behördenangestellten, 5 - 7 % Selbständigen und Freiberuflern, 2 - 4 % Landwirten, 5 - 7 % Landarbeitern und schließlich 13 - 18 % Rentnern u. a. (9). Es muß angenommen werden, daß sich gegenüber der Weimarer Republik der Arbeiteranteil (bei gleichzeitigem Anstieg ihres Anteils an der erwerbstätigen Bevölkerung im Gebiet der Bundesrepublik zwischen 1939 und 1950) an den Wählern vermindert, der der Angestellten, Beamten und Selbständigen dagegen erhöht hat. So scheint insgesamt die Behauptung gerechtfertigt, daß sich das Sozialprofil der SPD-Wähler, Mitglieder und Funktionäre zwischen 1930 und 1950 merklich verändert hat. Die Sozialdemokratie hatte in ihrer sozialen Basis bei Wählern wie Mitgliedern, aber insbesondere in der Parteiführung,

8 Berufsstruktur der SPD-Funktionäre nach: Joachim Siemann, Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Soziologie der Eliten in der modernen Parteigeschichte, Diss. phil. Göttingen 1955, S. 37. Prozentangaben für die Reichstagsabgeordneten errechnet nach: Walther Kamm, Abgeordnetenberufe und Parlament. Ein Beitrag zur Soziologie des Parlamentarismus, Karlsruhe 1927, S. 13, Tabelle 2.

9 Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz, Wähler und Gewählte, S. 248 ff.

den Charakter einer proletarischen Klassenpartei verloren. Doch haben weder diese Entwicklung noch die sozialreformerische Praxis auf Länderebene den angestrebten breiten Einbruch in die soziale Basis des Bürgerblocks ermöglicht.

Andererseits wirkte sich die wachsende Erfolglosigkeit der KPD bei Wahlen nach 1945 gegenüber ihren Ergebnissen in den Jahren vor 1933 – die Ursachen hierfür sind hier nicht zu untersuchen – zwar im großen und ganzen als Verbreiterung des Intraklassenkonsens der Arbeiter aus. Dennoch vermochte die SPD im Jahre 1953 nur die Hälfte der Arbeiterwähler in der Bundesrepublik für sich zu mobilisieren, ein weiteres Drittel, überwiegend wohl katholische Arbeiter, wählte die CDU/CSU (vgl. Tabelle 8, S. 34). Als Voraussetzung einer Ausweitung der Wählerbasis der SPD – was nur die Einbeziehung katholischer Arbeiter und breiterer Schichten der Angestellten/Beamten bedeuten konnte – mußte also die Beseitigung des Gegensatzes zwischen sozialreformerischer Praxis und noch bestehenden reformistischen Elementen in Theorie bzw. Programm der Partei erscheinen.

Die Einschätzung der politischen Praxis der SPD nach 1945 hat also von der Tatsache auszugehen, daß etwa 2/3 ihrer Wähler und etwa die Hälfte ihrer Mitglieder Arbeiter waren, und daß der Parteiapparat, vor allem wohl aber die Parlamentsfraktion in den Ländern, von Angestellten, Beamten und Selbständigen dominiert waren. In den ersten Nachkriegsjahren dürfte der sozialistische Impetus der Arbeiterbasis noch zu stark gewesen sein, als daß die Partei insgesamt einen sozialreformerischen Kurs hätte einschlagen können, wie er in den unter sozialdemokratischer Verantwortung bzw. Beteiligung geführten Landesregierungen schon sehr früh praktiziert worden ist. Auf der Bundesebene, wo um die konzeptionellen Entscheidungen in der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gerungen wurde, war zudem die Polarisierung zwischen Sozialdemokratie und Bürgerblock sehr viel intensiver als in den Ländern, in denen sogar die FDP und der BHE gelegentlich mit der Sozialdemokratie koalitierten.

So haben insgesamt wahrscheinlich sozialstrukturelle Differenzierungen sowie Gegensätzlichkeiten zwischen regionaler und bundespolitischer Parteipraxis einen erheblichen Anteil an der widersprüchlichen Haltung der Gesamtpartei gegenüber dem Bürgerblock, eine Haltung, die als intransigente Opposition (Pirker) beschrieben wurde, und auch als Schwanken zwischen Oppositions- und Kooperationspolitik bezeichnet werden kann.

Dem Konfrontationskurs des Bürgerblocks im Bund jedenfalls hatte die Sozialdemokratie zunächst kein einheitliches, überzeugendes und konsequent verfochtenes Alternativkonzept entgegenzusetzen, und ihre bedingungslose Bejahung der mediatierenden Rolle des Parlaments veranlaßte sie wohl vor allem, auch gegen ihren Willen zustandegekommene Entscheidungen mitzutragen, womit sie die Voraussetzungen dafür schuf, daß sich der bürgerliche Intraklassenkonsens zum Basiskonsens ausweiten konnte. Dies vor allem deshalb, weil sich der demokratische Sozialismus der SPD, so wie sie ihn damals verstand, gar nicht grundsätzlich gegen die vom Bürgerblock (bei nur geringfügigen Korrekturen durch die SPD) geschaffenen Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik richtete. So war die SPD beispielsweise nicht grundsätzlich gegen eine Allianz mit den Vereinigten Staaten, sondern fürch-

tete nur, daß zu enge westliche Bindungen die Chancen für eine Wiedervereinigung mildern könnten; sie war auch nicht, um ein anderes Beispiel zu nennen, grundsätzlich gegen die Marktwirtschaft, sondern wollte sie durch Elemente zentraler Planung und durch die Möglichkeit der Sozialisierung im Gesamtinteresse ergänzt wissen. Ihr Dritter Weg wies so im Prinzip nach Westen, und die ökonomisch-soziale Integration der Arbeiterklasse infolge der hohen Akkumulationsraten des Kapitals ließen die Energien für einen intransigenten Oppositionskurs gegen die Bürgerblockpolitik wohl zunehmend schwinden. Denn sichtbarer politischer Erfolg war diesem Kurs nicht beschieden, und auch aus dem 30 %-Turm führte er die SPD wegen der Polarisierungsstrategie des Bürgerblocks nicht heraus.

Die Grundsatzentscheidungen der Sozialdemokratie in den Jahren 1959/60, durch die der Basiskonsens in der Bundesrepublik vollendet wurde, waren so in letzter Konsequenz Resultate der Anpassung des (formal noch gültigen Heidelberger) Programms an die Parteipraxis, seine Befreiung von reformistischen Formulierungen, die weite Teile des Bürgertums und der katholischen Arbeiterbewegung von einer Wahl der SPD abzuhalten schienen oder zumindest doch Vorwand für antisozialdemokratische Polemik des Bürgerblocks boten. Die Anerkennung der Außen- und Wehrpolitik des CDU-Staats durch die Sozialdemokratie und die grundsätzliche Akzeptierung der sozialen Marktwirtschaft bei gleichzeitiger Ergänzung dieses wirtschaftspolitischen Konzepts durch globalplanerische Maßnahmen (wie sie beispielsweise im sozialdemokratischen Hessen bereits praktiziert wurden) werden in der Regel als zentrale Weichenstellung für eine Öffnung der SPD gegenüber bürgerlichen Schichten, für den Weg in die große und schließlich in die sozialliberale Koalition bezeichnet. Dies ist freilich allenfalls die halbe Wahrheit. Denn für den Zusammenbruch des Bürgerblocks waren in erster Linie Entwicklungen verantwortlich, an denen die Sozialdemokratie keinen oder nur geringen Anteil hatte.

Die ausgehenden 50er Jahre bildeten in vielerlei Hinsicht eine Zäsur in der westdeutschen Geschichte. Wie ökonomische Prozesse im Zusammenhang mit der Vollbeschäftigung, der technologischen, wissenschaftlichen und qualifikationsmäßigen Bedingungen intensiv erweiterter Reproduktion auf das Parteiensystem wirkten, darauf kann hier ebenso wenig eingegangen werden wie auf Fragen der Intensivierung der Arbeit und ihrer sozial- und lohnpolitischen Folgen. Dies alles aber stellte die Parteien vor neue politische und legitimatorische Probleme, die durch soziale Umschichtungen innerhalb der westdeutschen Gesellschaft, vor allem der deutlichen Zunahme der Beamten/Angestellten und der Reduzierung des Kleinbürgertums (Bauer, Handwerker, Einzelhändler), noch verschärft wurden. Außenpolitisch deuteten sich Entspannungstendenzen an, die unter der Präsidentschaft Kennedys zum sukzessiven Abbau des „Kalten Kriegs“ führten, und die innere Bedeutung außenpolitischer Feindbilder für die Integrationsfähigkeit des Bürgerblocks zumindest relativierten. In diesem Zusammenhang gewann auch der programmatische Wandel der SPD eine Bedeutung, weil damit der politischen Polarisierung entgegengewirkt wurde.

In derselben Periode zeigten sich Interessendifferenzierungen innerhalb der Unionsparteien, vor allem zwischen deren bürgerlicher Majorität und den Sozialausschüssen, die um eine Verbreiterung ihres Einflusses kämpften. Und auch zwischen

den beiden Bürgerblockparteien CDU/CSU und FDP entstanden Konflikte. Dabei ging es vor allem um die zunehmende Dominanz der Unionsparteien, die die Vertretung von FDP-spezifischen Belangen erschwerte, sowie um die beharrlichen Bemühungen der CDU/CSU, die internationalen Entspannungstendenzen zu unterlaufen, vermutlich um die Polarisierung in der westdeutschen Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Sozialstruktureller Hintergrund dieser Erosion des Bürgerblocks war die Tatsache, daß sich innerhalb der Wählerbasis der FDP – 50 % ihrer Wähler waren 1953 Selbständige bzw. Landwirte – in den 50er Jahren eine Verschiebung zugunsten der Beamten und Angestellten und zu Lasten des Besitzmittelstands anbahnte:

*Tabelle 7:
Berufliche Zusammensetzung der Wählerschaft der FDP im Zeitverlauf (in Prozent)*

Von 100 Wählern der FDP waren im Jahre . . .	1953	1961	1965	1969	1972
Arbeiter	16	18	15	10	21
Beamte und Angestellte	34	40	46	60	66
Selbständige	35	30	33	25	11
Landwirte	15	12	6	5	2
FDP-Wähler insgesamt	100	100	100	100	100

Quelle: Institut für politische Planung und Kybernetik GmbH.

Dabei wandten sich die Selbständigen und Landwirte der CDU/CSU zu, (vgl. Tabelle 8, S. 34), so daß sich längerfristig zwischen beiden Parteien eine sozialstrukturelle Polarisierung um die Angestellten/Beamten (FDP) bzw. die Selbständigen/Landwirte (CDU/CSU) herausbildete, deren Grenzen natürlich fließend waren. Wählten 1953-1961 auch die Hälfte der Angestellten und Beamten die Unionsparteien, so waren diese doch weitaus deutlicher als die FDP durch eine besitzbürgerliche Komponente geprägt.

Das Zusammentreffen von nachlassender Wirkung der externen Integrationsfaktoren und innerer Differenzierungen über alternative Problemlösungsstrategien leitete einen Prozeß der Erosion des Bürgerblocks ein, der sich auch als sukzessive Annäherung zwischen FDP und SPD hauptsächlich in außen-, insbesondere in ostpolitischen, Fragen ausdrückte. Die Abschwächung der politischen Polarisierung respektive die Vollendung des Basiskonsens in der Bundesrepublik war also nur eine Ursache für den seit 1961 einsetzenden Prozeß des Einbruchs der SPD in bürgerliche Wählerschichten. Dieser Einbruch gelang ihr zugleich in dem Maße, wie die Bürgerblockparteien mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen schlechter fertig wurden und so ihre Integrationskraft auf die ursprüngliche Bürgerblock-Basis von innen her nachließ.

Bei der Bundestagswahl 1961 fanden die eben skizzierten Entwicklungen, die durch die Diskussion der Nachfolge Adenauers noch vorangetrieben wurden, deutlichen Niederschlag: Die Unionsparteien verloren per Saldo gegenüber 1957 fast 5 Prozentpunkte (und damit die absolute Mehrheit), wobei die Abwanderung noch stärker sein dürfte: Die CDU/CSU profitierte nämlich gleichzeitig von dem endgültigen Nie-

Tab. 8: *Beruf, Konfession und Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen seit 1953*

Wahlentscheidung	Insgesamt					Katholiken					Protestanten				
	1953 %	1961 %	1965 %	1969 %	1972 %	1953 %	1961 %	1965 %	1969 %	1972 %	1953 %	1961 %	1965 %	1969 %	1972 %
<i>Arbeiter</i>															
SPD	48	56	54	58	66	36	41	40	50	55	60	69	66	69	77
CDU/CSU	35	36	42	39	27	47	50	58	49	39	22	25	30	27	15
F.D.P.	4	5	2	1	6	2	4	2	–	5	6	5	3	2	7
Anderer	14	3	1	2	1	15	5	0	1	0	12	1	1	2	1
N	376	502	412	248	839	195	233	186	135	404	181	269	226	113	435
<i>Beamte und Angestellte</i>															
SPD	27	30	34	46	50	22	21	21	38	42	31	36	44	52	56
CDU/CSU	49	50	54	45	33	61	64	71	56	45	40	41	42	36	23
F.D.P.	14	18	10	7	17	8	12	7	1	12	19	21	11	11	20
Anderer	10	2	2	3	0	9	3	1	5	0	10	2	3	1	0
N	221	288	326	177	982	97	108	135	79	439	124	180	191	98	543
<i>Selbständige</i>															
SPD	11	14	18	17	23	7	7	13	10	22	15	21	23	25	25
CDU/CSU	53	62	58	75	62	66	74	72	87	64	39	47	46	62	59
F.D.P.	20	23	19	8	13	14	17	9	3	12	26	30	28	12	15
Anderer	16	1	4	–	1	13	1	6	–	2	20	1	3	–	1
N	165	162	115	63	201	85	86	54	31	93	80	76	61	32	108

Tab. 8: Beruf, Konfession und Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen seit 1953 (Fortsetzung)

Wahlentscheidung	Insgesamt					Katholiken					Protestanten				
	1953 %	1961 %	1965 %	1969 %	1972 %	1953 %	1961 %	1965 %	1969 %	1972 %	1953 %	1961 %	1965 %	1969 %	1972 %
<i>Landwirte</i>															
SPD	4	8	–	16	10	–	7	–	27	9	8	11	–	7	10
CDU/CSU	58	77	92	72	82	68	90	97	73	88	48	54	85	71	77
F.D.P.	12	13	8	4	8	4	3	3	–	3	20	30	15	7	13
Andere	26	2	–	8	–	28	–	–	–	–	24	4	–	14	–
N	118	117	50	25	62	57	73	30	11	32	61	44	20	14	30
<i>Insgesamt</i>															
SPD	30	36	39	46	52	22	25	26	38	43	37	46	49	55	60
CDU/CSU	45	50	52	48	36	58	65	68	59	48	33	37	40	36	26
F.D.P.	10	11	7	4	11	5	7	4	1	8	15	14	9	7	13
Andere	15	2	2	2	1	15	3	1	2	0	15	2	2	2	1
N	1063	1362	1071	646	2625	510	640	484	321	1210	553	722	587	325	1415

Quelle: Übernommen von *Franz Urban Pappi*, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: PVS, 14. Jg., 1973, Heft 2, S. 199.

dergang der kleinen Bürgerblockparteien BHE und DP. (Beide kandidierten 1961 als Gesamtdeutsche Partei und verloren 5,2 Prozentpunkte gegenüber 1957). SPD und FDP gewannen 4,4 bzw. 5,1 Prozentpunkte gegenüber der vorhergegangenen Wahl, wobei die FDP hauptsächlich Angestellte/Beamte von der Union gewonnen haben dürfte, während zur Sozialdemokratie in erster Linie Arbeiter, dann aber auch Beamte/Angestellte, Selbständige und Landwirte gestoßen sein dürften, die sich von den Bürgerblockparteien abgewandt hatten. (Siehe Tabelle 8, S. 34).

Mit der Bundestagswahl 1961 löste sich also – im Hinblick auf die sozialstrukturellen Veränderungen in der Wählerschaft der Bundestags-Parteien – sowohl der Blockgegensatz als auch die sozialstrukturelle Polarisierung zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie auf. Mehr noch: Die langwierigen Verhandlungen um eine neue Bundesregierung, Adenauers Pressionsversuche gegenüber der FDP mit der Androhung einer großen Koalition (was den Blockgegensatz zusätzlich entschärfte und der SPD die Bescheinigung der „Regierungsfähigkeit“ durch die Union einbrachte), die Regierungsumbildung infolge der „Spiegel-Krise“ und schließlich der Rücktritt Adenauers zugunsten Erhards ließen das Image des CDU-Staats als stabiler, integrationsfähiger und autoriätsbewußter Kanzlerdemokratie deutlich verblassen, zumal es nunmehr neben einer anerkannten Integrationsfigur auch an einer Integrationsideologie (das Konzept der „Formierten Gesellschaft“ stellte keinesfalls eine derartige Ideologie, sondern allenfalls einen hilflosen Appell dar) fehlte, die die kleinbürgerlichen Schichten dauerhaft an den Bürgerblock hätte binden und die Dominanz der CDU/CSU hätte aufrechterhalten können.

Zudem wurde die wachsende Attraktivität der Sozialdemokratie bei nicht-proletarischen Wählerschichten und die politische Annäherung zwischen SPD und FDP durch die Ratlosigkeit der Union gegenüber wirtschafts- und sozialpolitischen Erfordernissen befördert. Ihre Wirtschaftspolitik mochte ein brauchbares Konzept für die „ursprüngliche Akkumulation“ des Kapitals unter den postfaschistischen Bedingungen im Nachkriegsdeutschland gewesen sein. Mit der Ablehnung globalsteuernder Maßnahmen erwies sie sich gegenüber den ökonomisch-sozialen Problemen der beginnenden 60er Jahre weitgehend hilflos und damit zunehmend als dysfunktional auch für das Kapital. Die Wirtschaftskrise 1966/67 versetzte dem morschen CDU-Staat den entscheidenden Stoß. In der Großen Koalition war die CDU/CSU kaum mehr als ein Mitläufer der Sozialdemokratie, die sowohl die Krisenlösungsstrategien bereitstellte, als auch für die Integration der Arbeiter und der Gewerkschaften sorgte. In der Großen Koalition hatte sich die SPD mithin als die Partei erwiesen, die am ehesten in der Lage war, die politischen Voraussetzungen kapitalistischer Verwertung zu erhalten. Diese Fähigkeit zum Krisenmanagement brachte ihr bei den Bundestagswahlen 1969 Gewinne: bei Beamten und Angestellten – aber auch bei den Arbeitern.

Obwohl so deutlich in die Defensive gedrängt, war die CDU/CSU zunächst nicht in der Lage, geschlossen ein alternatives Konzept zur Rekonsolidierung ihrer abbröckelnden Basis zu entwickeln. Organisatorisch stellte sie in erster Linie immer noch einen regional differenzierten Kanzlerwahlverein ohne massenmobilisierenden Unterbau dar. Die partielle Faschisierung des Bürgertums infolge der Krise 1966/67, die auch im Aufstieg der NPD sichtbar wurde, war eine wichtige Konsequenz des

Auseinanderfallens des Bürgerblocks und der politischen Lähmung der CDU/CSU.

Die Bildung der sozial-liberalen Koalition, vor allem aber der exzeptionelle Wahlerfolg der SPD bei den vorzeitig angesetzten Bundestagswahlen 1972, zogen eine Gegenstrategie der Unionsparteien nach sich, die 1976 erste Früchte zeitigte.

(Teil II folgt in Prokla 26)

pogrom

Informationsschrift zur Situation diskriminierter oder verfolgter rassischer, ethnischer, religiöser Minderheiten (Mehrheiten)

pogrom – *sonderausgaben*: (je DM 3,-)

Dokumentation: Biafra 1969 (300 S.) – Antirassismusprogramm und Befreiungsbewegungen (Nr. 9) – Dokumentation Bangla Desh 1971 (Nr. 11) – Die Afrobrasilianer (Nr. 14) – Frieden im Südsudan (Nr. 15) – Die Bihari in Bangla Desh (Nr. 17) – Baskenland: Widerstand und Unterdrückung (Nr. 19) – Religiöse Minderheiten in der UdSSR (Nr. 20) – Südafrikas «Bantustans» (Nr. 22) – Guinea Bissau (Nr. 23/25) – Japans «Unberührbare», die Burakumin (Nr. 24) – UdSSR: Krimtataren und Meschier, Massenbewegung für Rückkehr (Nr. 26) – Neues aus der Vierten Welt (Nr. 27) – Lateinamerika Tiefland-Indianer, der alltägliche Kolonialismus (Nr. 28) – Kurdistan : Befreiungskampf ohne Publizität (Nr. 29/30) – USA: Chicanos (Nr. 31) – Burundi: Völkermord (Nr. 32) – Südvietnams Montagnards (Nr. 33) – Ostafrika: Die indischen Minderheiten (Nr. 34) – Kurdistan ohne Menschenrechte (Nr. 35) – Aché-Indianer (Nr. 36) – Der Südsudankonflikt (Nr. 37) – Namibia (Nr. 38) – Osttimor, zu links für die Freiheit? (Nr. 39/40) – Paraguay – eine Nation, zwei Kulturen? (Nr. 41/42).

In Vorbereitung: Reporte über die indianische Bevölkerung Perus, Ostboliviens, Chiles, Argentinens, die USA, Kolumbiens, Kanadas, Brasiliens – die Zigeuner-Minderheiten in Indonesien – Türkisch-Kurdistan, interner Kolonialismus – Westsahara etc.

Einzelausgaben gegen Voreinzahlung von DM 3,- auf das Postscheckkonto Nr. 297793 Hamburg – Unkostenbeitrag für Abonnement (12 Ausgaben) DM 30,-.

Herausgeber: Gesellschaft für bedrohte Völker, Gemeinnütziger Verein e. V. Deutsche Sektion von Survival International 2 Hamburg 13, Parkallee 18
Menschenrechtsorganisation für Minderheiten.

Aus unserer Arbeit – Buchhinweis:

„Von denen keiner spricht, Unterdrückte Minderheiten“, 20 Beispiele von Unterdrückung, Ausrottung und Widerstand – rororo aktuell Nr. 1879 DM 5,80 und „Seit 200 Jahren ohne Verfassung – indianischer Widerstand in den USA 1976“, rororo aktuell Nr. 4056, DM 5,80.

«Gesellschaft für bedrohte Völker»

Gemeinnütziger Verein e. V.

Menschenrechtsorganisation für verfolgte Minderheiten

2 Hamburg 13, Parkallee 18

Schirmherren: Pastor Heinrich Albertz – Prof. Ernst Bloch – Prof. Imanuel Geiss – Prof. Dr. Helmut Gollwitzer u. a.